



Niederschrift **(öffentlicher Teil)**

über die 15. Sitzung des Ausschusses für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt vom
08.12.2011

Anwesend:
siehe Anwesenheitsliste

Vorsitz:
Anton Holz

Die Sitzung wurde um 16:00 Uhr am Kreisverkehr „Valve“ (Einmündungsbereich des Geh- und Radweges Richtung Berufskolleg) mit einer Ortsbesichtigung begonnen. Danach erfolgte ein Ortswechsel und die Sitzung wurde um 17:00 Uhr im Ausschusszimmer der Burg Lüdinghausen, Amthaus 14, 59348 Lüdinghausen, fortgesetzt.

Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 20:05 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt der Vorsitzende fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt beschlussfähig ist. Er weist auf die Befangenheitsproblematik hin.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Besichtigung des vorgesehenen Standortes für die Anlegung eines zusätzlichen barrierefreien Zugangs zum Friedhofsgelände
Vorlage: FB 3/495/2011
2. Denkmalgeschützte DEK-Eisenbahnbrücke / Planfeststellungsverfahren zum DEK
Vorlage: FB 3/487/2011
3. Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie
Vorlage: FB 3/496/2011
4. Strategisches Wegekonzept für den Außenbereich
Vorlage: FB 3/498/2011
5. Straßenverkehrsbelastung in der Stadtfeldstraße
Bürgerantrag vom 06.11.2011
Vorlage: FB 3/497/2011
6. Fraktionsantrag der SPD-Fraktion vom 22.11.2011
hier: Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundliche Städte, Gemeinden und Kreise in NRW e. V.
Vorlage: FB 4/276/2011
7. Berichte
- 7.1. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.09.2011 ;
hier: Installation der Fotovoltaik-Anlage auf dem Süddach der Aula des St. Antonius-Gymnasiums
Schreiben LWL-Denkmalpflege, Landschafts- und Baukultur in Westfalen vom 20.10.2011
Vorlage: FB 2/438/2011
- 7.2. Ausbau des Dortmund-Ems-Kanals, Ausbaustrecke Lüdinghausen, Los 5 und 6
hier: Beteiligung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung an den Straßeninstandsetzungskosten der Straße "Am Kanal"
Vorlage: FB 3/516/2011
8. Anfragen

Nichtöffentlicher Teil:

9. Bericht über vom Bürgermeister erteilte Einvernehmen im Baugenehmigungsverfahren
Vorlage: FB 3/499/2011
10. Berichte
11. Anfragen

Öffentlicher Teil:

**TOP 1) Besichtigung des vorgesehenen Standortes für die Anlegung eines zusätzlichen barrierefreien Zugangs zum Friedhofsgelände
Vorlage: FB 3/495/2011**

Der Ausschussvorsitzende begrüßt die Ausschussmitglieder sowie die anwesenden Vertreter des Seniorenbeirates.

Herr Gantefort sowie Herr Steenweg zeigen während einer gemeinsamen Ortsbesichtigung den für die Zuwegung vorgesehenen Standort auf und erläutern Einzelheiten der vorgesehenen Maßnahme.

Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

Ausschussvorsitzender Holz regt an, die Diskussion und Beratung über die Anlegung des Zuganges im Rahmen der sich anschließenden regulären Sitzung zu führen.

Die Sitzung wird um 17:00 Uhr im Kapitelsaal fortgesetzt.

Zu Beginn der Sitzung wird der skB. Fichtner vom Ausschussvorsitzenden in sein Amt eingeführt und zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben verpflichtet.

Die Anlegung eines zusätzlichen barrierefreien Zugangs, an dem im Rahmen des Ortstermines aufgezeigten Standort, wird fraktionsübergreifend begrüßt.

Stv. Breitbach beantragt, den Beschlussvorschlag dahingehend anzupassen, dass die Verwaltung beauftragt wird, die Maßnahme entsprechend der vorgestellten Planungen umzusetzen.

Darüber hinaus regt er an, zu prüfen, inwieweit die entstehenden Kosten mit in die Kalkulation der Friedhofsgebühren einfließen können.

Stv. Friedenstab bringt zum Ausdruck, dass viele ältere Menschen die Anlegung des vorgesehenen Weges sehr begrüßen. Aus diesem Grund müsse die uneingeschränkte Empfehlung ausgesprochen werden, die für die Umsetzung erforderlichen Mittel im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2012 bereit zu stellen.

Auf Nachfrage von Stv. Reismann erläutert Herr Gantefort, dass eine Umsetzung der Arbeiten durch den städtischen Bauhof vorgesehen ist.

I. Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, den barrierefrei gestalteten Zugang entsprechend der vorgestellten Planung anzulegen. Die für die Umsetzung erforderlichen Mittel sollen im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2012 bereit gestellt werden.

Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

TOP 2) Denkmalsgeschützte DEK-Eisenbahnbrücke / Planfeststellungsverfahren zum DEK

Vorlage: FB 3/487/2011

Ausschussvorsitzender Holz führt in die Thematik und die Historie des bisherigen Verfahrens ein und begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt die Herren Kastalski und Skrezek-Boss vom Wasserstraßen-Neubauamt Datteln sowie Herrn Schicht von der DB Netz AG.

Herr Skrezek-Boss zeigt einfürend die Örtlichkeit des Brückestandortes sowie die Aufgaben, den Aufbau und den Zuständigkeitsbereich der Wasserschiffahrtsverwaltung auf.

Im Anschluss stellt Herr Kastalski anhand des als Anlage 1) beigefügten Bildvortrages zunächst den Ablauf des bisherigen Verfahrens vor. Er erklärt, dass das Planfeststellungsverfahren nächstes Jahr eingeleitet werden soll. Nach dem derzeitigen Kenntnisstand werde das Jahr 2016 als Bauziel anvisiert.

Er weist darauf hin, dass das WSNBA Datteln lediglich Träger des Verfahrens sei, die Anlagenverantwortlichkeit jedoch bei der DB Netz AG liege.

Herr Kastalski stellt heraus, dass die derzeitige Brücke insbesondere aufgrund der zu geringen Spannweite und der nicht ausreichenden Durchfahrtshöhe ungeeignet ist, den Anforderungen der modernen Schifffahrt, die durch den Kanalausbau hergestellt werden, gerecht zu werden.

Er erläutert, dass Gespräche mit der zuständigen Denkmalbehörde stattgefunden haben, in denen umfassend mögliche Varianten eines Erhaltes der Brücke überprüft worden sind. Aufgrund der bestehenden Vorgaben sei eine zukünftige Nutzung als Eisenbahnbrücke nicht mehr möglich. Vorstellbar sei lediglich ein Versetzen der Brücke (z.B. in den Bereich der Alten Fahrt), mit dem Zweck, eine nachrangige Folgenutzung, etwa als Fuß- und Radwegbrücke, zu ermöglichen. Die in diesem Fall entstehenden Kosten beliefen sich jedoch auf einen geschätzten Betrag in Höhe von 3,3 Millionen.

Herr Schicht weist ergänzend darauf hin, dass jegliche Maßnahmen, die die Brücke in ihrem jetzigen Zustand verändern, nicht mehr von dem derzeitigen Bestandsschutz gedeckt seien, mit der Folge, dass ein Baugenehmigungsverfahren erforderlich werde. Aufgrund der fehlenden Breite und Höhe der Brücke sei eine Genehmigung jedoch ausgeschlossen.

Abschließend zeigt Herr Kastalski mögliche Trassenvarianten für den Brückenneubau, der vss. in Form einer Stabbogenbrücke ausgeführt werden soll, auf und erläutert die jeweiligen Vor- und Nachteile. Er erklärt, dass nach erfolgter Abwägung eine Trassenführung nordöstlich der bestehenden Bahnlinie (welche im Vortrag als Variante 5 bezeichnet ist) bevorzugt werde.

Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

Die Notwendigkeit, die Brücke an anderer Stelle wieder aufzubauen, wird aufgrund des ermittelten Kostenvolumens teilweise kontrovers diskutiert.

Fraktionsübergreifend wird das Erfordernis gesehen, den derzeitigen Ausbauzustand durchgehend herzustellen. Gleichzeitig wird die Notwendigkeit herausgestellt, zumindest ein Teilsegment der alten Brücke zu erhalten und an einer geeigneten Stelle, ggfls. mit erläuternden Hinweisen und Erklärungen, die auf die historische Bedeutung hinweisen, auszustellen.

Ausschussvorsitzender Holz fasst die Diskussionsergebnisse zusammen und formuliert die Anregungen des Ausschusses, die im Rahmen der weiteren Planungen berücksichtigt werden sollen.

Er bringt zum Ausdruck, dass der Ausschuss es begrüße, dass die seit längerer Zeit vorgesehene Maßnahme nunmehr in Angriff genommen werde.

Es sei die im Vortrag aufgezeigte, seitens der WSV ebenfalls favorisierte, Variante 5 vorzuziehen, da mit dieser keine einschneidenden Einschränkungen für den Ruderverein verbunden seien.

Ausschussvorsitzender Holz erklärt, dass die vorgesehene Stabbogenbrücke grundsätzlich die Zustimmung des Ausschusses finde; gleichwohl sehe er bezüglich der farblichen Gestaltung, welche die Einfügung der Brücke in die Landschaft gewährleisten müsse, noch Gesprächsbedarf.

Er bittet dafür Sorge zu tragen, dass die während der Bauphase erforderliche Streckensperrung so kurz wie möglich gehalten wird und regt an, die Arbeiten möglichst während der Sommerferien durchzuführen, damit die Beeinträchtigungen für die Verkehrsteilnehmer so gering wie möglich gehalten werden.

Aufgrund des Kostenvolumens in Höhe von 3,3 Millionen sowie im Hinblick darauf, dass die nach Versetzen der alten Brücke anfallenden Folgekosten von der Stadt Lüdinghausen zu tragen seien, soll von einem Wiederaufbau an anderer Stelle abgesehen werden.

Gleichwohl bittet er zu prüfen, ob ein Teilstück erhalten und an geeigneter Stelle als „Industriedenkmal“ ausgestellt werden kann.

I. Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

TOP 3) Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie Vorlage: FB 3/496/2011

Ausschussvorsitzender Holz begrüßt Herrn Mollenhauer und Frau Poth von der Unteren Wasserbehörde des Kreises Coesfeld sowie Herrn Dr. Caesperlein vom Ingenieurbüro U-Plan GmbH.

Herr Mollenhauer zeigt einleitend die grundsätzlichen Inhalte und den aktuellen Stand der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie auf.

Er erläutert, dass es vordringliches Ziel der erlassenen Richtlinie sei, die Durchgängigkeit in Fließgewässern, möglichst stadtgebietsübergreifend, wieder herzustellen.

Eine weitere ausdrückliche Zielsetzung sei die Durchführung strukturverbessernder Maßnahmen an Gewässern.

Um diese Ziele umsetzen zu können, müsse zunächst untersucht werden, wodurch die Durchgängigkeit behindert und beeinträchtigt wird. Er verweist insbesondere auf die Restriktionen in Form vorhandener Stauanlagen und führt beispielhaft den Halterner Stausee, die Füchtelner Mühle sowie den Recheder Kulturstau auf.

Herr Mollenhauer weist darauf hin, dass man sich derzeit noch im Planungsprozess befinde. Es seien viele Einzelmaßnahmen durchzuführen, um eine zusammenhängende Durchgängigkeit der Fließgewässer wieder herzustellen zu können.

Frau Poth stellt ergänzend inhaltliche Einzelheiten zu den Umsetzungsfahrplänen der WRRL vor. Sie zeigt einleitend die einzelnen berichtspflichtigen Gewässer im Einzugsgebiet Lippe sowie die jeweils zuständigen Wasser- und Bodenverbände auf.

Bezogen auf das Lüdinghauser Stadtgebiet stellt sie die Gewässerstruktur sowie die jeweiligen Fließlängen der einzelnen Gewässer vor und erläutert mögliche Maßnahmetypen, die geeignet sind, bestehende Defizite zu beseitigen bzw. eine biologische Aufwertung der Gewässer zu bewirken.

Anhand von Beispielen verdeutlicht Frau Poth darüber hinaus Aufbau und Inhalt konkreter Maßnahmenpläne, die nach landesweit einheitlichen Vorgaben erstellt werden. Es werde insbesondere aufgezeigt, inwieweit die für einzelne Gewässer definierten Ziele erfüllt sind.

Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

Ausschussvorsitzender Holz bittet Herrn Mollenhauer sowie Herrn Dr. Caesperlein im Anschluss die konkret auf Lüdinghauser Stadtgebiet anstehenden Maßnahmen zu erläutern.

Herr Mollenhauer berichtet einführend über den aktuellen Sachstand in Bezug auf den Recheder Kulturstau. Anhand von Bildmaterial erläutert er den Standort, die Lage in der Gesamtgewässerstruktur sowie die technische Ausstattung dieser Stauanlage. Er berichtet, dass eine Machbarkeitsstudie erstellt worden sei, die belegen soll, auf welchem Wege und mit welchem realistischen Aufwand die Durchgängigkeit an dieser Stelle wieder hergestellt werden könne.

Im Rahmen dieser Studie seien verschiedene Varianten erarbeitet worden; zu bevorzugen sei der komplette Rückbau des Kulturstaus. Der in der Gesamtbetrachtung zu berücksichtigende Hochwasserschutz könne bei dieser Variante durch eine Gewässeraufweitung gewährleistet werden.

Ebenfalls vorstellbar sei die Aufgabe der Stauanlage durch Einbau einer festen Schwelle. Herr Mollenhauer erläutert, dass Einzelheiten der Finanzierung noch abschließend zu klären seien.

Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

Ausschussvorsitzender Holz ergänzt in Bezug auf den Recheder Kulturstau, dass sich der Wasser- und Bodenverband Stever-Lüdinghausen bereit erklärt habe, als Träger mit tätig zu werden.

Es müsse auf jeden Fall sichergestellt werden, dass die Maßnahme so umgesetzt wird, dass sich keine negativen Auswirkungen auf den Lüdinghauser Grundwasserspiegel ergeben. Die Beteiligten seien auf gutem Wege, eine Lösung zu finden.

Anlässlich eines aktuellen Schreibens der Bezirksregierung stellt er heraus, dass er noch zwingenden Gesprächsbedarf sehe, bevor die Maßnahme umgesetzt werden kann.

Im Anschluss zeigt Herr Dr. Caesperlein anhand des als Anlage 2) beigefügten Bildvortrages eine neu erarbeitete Planungsvariante zur Wiederherstellung der Durchgängigkeit der Stever auf, die von dem zuletzt in der Ausschusssitzung am 29.09.2011 vorgestellten Verlauf abweicht.

Er stellt heraus, dass entscheidender Vorteil dieser neuen Variante sei, dass ausschließlich Flächen in Anspruch genommen werden, die sich in städtischem Eigentum befinden; hierdurch seien jegliche Zweifel über die Verfügbarkeit der für die Umsetzung der Maßnahme benötigten Flächen ausgeräumt, was sich positiv auf den Zeitpunkt der Bewilligung von Fördermitteln auswirken könne.

Zudem könne der Kostenrahmen, den er im Vortrag detailliert erläutert, reduziert werden.

Abschließend zeigt Herr Dr. Caesperlein den vorgesehenen Zeitplan für die Umsetzung der einzelnen Maßnahmekomponenten auf, für die ein Gesamtförderantrag gestellt werden soll.

Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

Stv. Suttrup bringt zum Ausdruck, dass die CDU-Fraktion die Planung begrüße und auf eine schnelle Umsetzung hoffe.

Ausschussvorsitzender Holz weist abschließend darauf hin, dass der von der Stadt aufzubringende Eigenanteil mit Ökopunkten bewertet werde.

Darüber hinaus signalisiert er, dass von der Bezirksregierung eine zeitnahe Entscheidung über die Förderfähigkeit der Maßnahmen sowie die Bewilligung von Fördermitteln erwartet werde.

I. Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss nimmt Kenntnis von dem aktuellen Sachstand der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinien. Die Verwaltung wird beauftragt, die vorgestellten aktualisierten Planungen mit den zuständigen Aufsichtsbehörden abschließend abzustimmen und auf dieser Grundlage die erforderlichen Förderanträge zu stellen.

Ja-Stimmen:	19
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

TOP 4) Strategisches Wegekonzept für den Außenbereich
Vorlage: FB 3/498/2011

Ausschussvorsitzender Holz erklärt einfühend, dass die in der Sitzungsvorlage aufgeführten Anregungen einzeln beraten werden sollen und bittet um entsprechende Wortmeldungen.

Stv. Friedenstab bringt zum Ausdruck, dass die SPD-Fraktion es begrüße, dass nunmehr ein umfassendes Konzept vorliege.

Er halte es jedoch für zwingend erforderlich, dass nochmals eine umfassende detaillierte Prüfung vorgenommen wird, bevor eine endgültige Entscheidung über die Aufgabe eines Weges erfolgt. Er regt an, den Beschlussvorschlag um diesen Zusatz zu ergänzen.

Bürgermeister Borgmann verdeutlicht, dass zum jetzigen Zeitpunkt lediglich über ein Grundsatzkonzept beraten werde. Er erklärt, dass für jeden einzelnen Weg noch eine Einzelfallentscheidung zu treffen sei.

Es erfolgt zunächst die Einzelberatung über die im Rahmen des Beteiligungsverfahrens eingegangenen Anregungen. Der Ausschussvorsitzende ruft die Eingaben in der in der Sitzungsvorlage dargestellten Reihenfolge auf.

a) Schreiben der Gemeinde Nordkirchen vom 19.10.2011

keine abweichenden Anmerkungen; dem Abwägungsvorschlag der Verwaltung wird gefolgt.

b) Schreiben der Kreispolizeibehörde Coesfeld vom 20.10.2011

keine abweichenden Anmerkungen; dem Abwägungsvorschlag der Verwaltung wird gefolgt.

c) Schreiben der Telekom Deutschland GmbH vom 19.10.2011 / Schreiben der Gelsenwasser AG vom 09.11.2011

keine abweichenden Anmerkungen; dem Abwägungsvorschlag der Verwaltung wird gefolgt.

d) Schreiben der Bezirksregierung Arnsberg vom 02.11.2011

keine abweichenden Anmerkungen; dem Abwägungsvorschlag der Verwaltung wird gefolgt.

Stv. Breitbach bittet die Verwaltung um Prüfung, ob die zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 90.000,-- € für die Instandsetzung des in der Bauerschaft Westrup gelegenen Verbindungsweges zwischen der B 58 und der Stadtfeldstraße verwendet werden können.

Nachträglich zu Protokoll:

Der angesprochene Weg ist im Rahmen des Flurbereinigungsverfahrens Lüdinghausen-Ost neu angelegt worden. Die Finanzierung der Wegebaumaßnahmen im Verfahrensgebiet ist durch Eigenmittel der Teilnehmer sowie Landeszuschüsse erfolgt. Da alle Teilnehmer des Verfahrensgebietes sich an den Wegeausbaukosten beteiligt haben, sind die verbleibenden Mittel in Höhe von 90.000,-- € zweckgebunden zur zielgerichteten Instandhaltung des gesamten Wegenetzes im ehemaligen Flurbereinigungsgebiet Lüdinghausen-Ost zu verwenden. Vorrangig sind mit diesen Mittel flächendeckende kleinere Ausbesserungsmaßnahmen durchzuführen. Die Verwendung sämtlicher Mittel für den Ausbau eines einzigen Weges ist ausgeschlossen.

e) Schreiben der ADFC Ortsgruppe Lüdinghausen vom 07.11.2011

keine abweichenden Anmerkungen; dem Abwägungsvorschlag der Verwaltung wird gefolgt.

Stv. Friedenstab weist, unter Bezugnahme auf den letzten Absatz der zu dieser Eingabe formulierten Abwägung, nochmals auf das Erfordernis hin, dass die Verwaltung zusätzlich zu der konzeptionellen Ausweisung nochmals eine umfassende Gesamtprüfung vornimmt, die u.a. auch touristische Interessen mit einbezieht, bevor eine endgültige Entscheidung bezüglich der weiteren Unterhaltung bzw. über die Veräußerung eines Weges getroffen wird.

Bürgermeister Borgmann sagt zu, der Anregung zu folgen.

Ergänzend weist er darauf hin, dass für einen Großteil der im Außenbereich gelegenen Wege (vor deren Veräußerung) zwingend die Durchführung eines formalen Entwidmungsverfahrens erforderlich wird, in dem sichergestellt sei, dass die Öffentlichkeit umfassend beteiligt werde.

f) Schreiben des Heimatvereines Lüdinghausen vom 06.09.11

keine abweichenden Anmerkungen; dem Abwägungsvorschlag der Verwaltung wird gefolgt.

g) Stellungnahme des Landwirtschaftlichen Ortsverbandes Seppenrade vom 11.11.11

Stv. Breitbach weist darauf hin, dass die CDU-Fraktion bezüglich des unter Buchstabe A) aufgeführten Weges, aufgrund der von der Landwirtschaft vorgetragenen Argumentation, die Notwendigkeit einer Heraufstufung sehe.

Stv. Friedenstab schließt sich dieser Anregung, mit dem Hinweis, dass der Verwaltungsvorschlag bereits auf einer mit den Beteiligten vorgenommen Abstimmung basiere, nicht an.

Ausschussvorsitzender Holz stellt die Einstufung des unter Buchstabe A) beschriebenen Weges darauf hin zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der in der Stellungnahme des Landwirtschaftlichen Ortsverbandes Seppenrade unter Buchstabe A beschriebene Weg (Verbindungsstraße vom neuen Sportplatz in Richtung Reckelsum bis zur K 8/ Richtung Ofen bzw. B 58) soll abweichend vom Verwaltungsvorschlag in die Wegekategorie A eingestuft werden.

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	9
Enthaltungen:	0

Bezüglich der in der Stellungnahme unter den Buchstaben B – I aufgeführten Wege wird dem Abwägungsvorschlag der Verwaltung gefolgt.

h) Stellungnahme des Landwirtschaftlichen Ortsverbandes Lüdinghausen vom 23.11.2011

Stv. Breitbach erklärt, dass aus Sicht der CDU-Fraktion der Anregung des Landwirtschaftlichen Ortsverbandes Lüdinghausen gefolgt werden solle.

Stv. Friedenstab schlägt vor, dem Vorschlag der Verwaltung zuzustimmen.

Ausschussvorsitzender Holz stellt daraufhin die Einstufung des Weges zur Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der in der Stellungnahme des Landwirtschaftlichen Ortsverbandes Lüdinghausen beschriebene Weg (Verbindungsstraße zwischen der B 235 in Richtung Senden und der K 2) soll abweichend vom Verwaltungsvorschlag in die Wegekategorie A eingestuft werden.

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	9
Enthaltungen:	0

Nach Beratung über die einzelnen Abwägungsvorschläge bittet der Ausschussvorsitzende um allgemeine Wortmeldungen.

Stv. Wippich hält es für erforderlich, die vorhandene Heckenstruktur, die insbesondere im westlichen Bereich von Seppenrade vorhanden ist, bei zukünftigen Entscheidungen mit zu berücksichtigen.

Ausschussvorsitzender Holz erklärt, mit Hinweis auf den vorliegenden rechtskräftigen Landschaftsplan, dass der Bestand der Heckenstruktur bereits rechtlich abgesichert sei.

Stv. Wannigmann hinterfragt, im Hinblick auf die derzeitige verkehrliche Frequentierung, nochmals einzelne im Konzept vorgenommene Wegeeinstufungen.

Bürgermeister Borgmann verdeutlicht, dass nicht ausschließlich die tatsächlichen Verhältnisse für eine Einstufung entscheidend sind, sondern vielmehr mit zu berücksichtigen sei, welche verkehrliche Funktion aus Sicht der Stadt Lüdinghausen tatsächlich gewollt ist.

Stv. S. Wischnewski weist darauf hin, dass die UWG-Fraktion das vorliegende Konzept lediglich als ersten Schritt ansehe, dem eine finanzielle Beteiligung der Anlieger folgen müsse.

Darüber hinaus bittet sie die Verwaltung, den Ausschuss darüber zu informieren, soweit Änderungen der im Konzept ausgewiesenen Wegeeinstufungen vorgenommen werden.

Bürgermeister Borgmann nimmt die Anregung zur Kenntnis und sagt zu, in den angesprochen Fällen einen Hinweis an die Politik weiterzugeben.

Stv. Schulze-Uphoff weist darauf hin, dass der im Wegekonzept bewertete, südlich des Gewerbegebiet Tetekums gelegene Weg keine Erschließungsfunktion mehr für die Landwirtschaft habe und aus diesem Weg aus dem Konzept herausgenommen werden sollte.

Die Verwaltung sagt eine Überprüfung zu.

Nachrichtlich zu Protokoll:

Der angesprochene Weg ist derzeit in die „Kategorie D“ eingestuft, welche indiziert, dass keine öffentliche Erschließungsfunktion gegeben ist. Aufgrund des o.g. Hinweises wird die zusätzliche Kennzeichnung mit einem „X“ vorgenommen. Dieser Zusatz macht deutlich, dass dieser Weg aus Sicht der Landwirtschaft bereits heute als entbehrlich eingestuft wird.

Ausschussvorsitzender Holz spricht abschließend, im Namen des Ausschusses, allen Beteiligten nochmals ausdrücklich seinen Dank für deren Mitwirkung aus.

Darüber hinaus regt er - aufgrund der den Außenbereich besonders betreffenden Thematik - an, die weitere Vorgehensweise (einschl. der Formen einer finanziellen Anliegerbeteiligung) zunächst im Ausschuss für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt zu erörtern, bevor eine Beratung im Haupt- und Finanzausschuss erfolgt.

I. Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt empfiehlt dem Rat, das für den Außenbereich erstellte Wegekonzept, unter Berücksichtigung der von der Verwaltung unterbreiteten Abwägungsvorschläge sowie der durch den Ausschuss beschlossenen Änderungen, zu beschließen.

Ja-Stimmen:	20
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

**TOP 5) Straßenverkehrsbelastung in der Stadtfeldstraße
Bürgerantrag vom 06.11.2011
Vorlage: FB 3/497/2011**

Ausschussvorsitzender Holz verweist auf das noch im APS zu beratende Bebauungsplanverfahren Höckenkamp und regt an, das im Bürgerantrag thematisierte Anliegen in diesem Zusammenhang mit zu behandeln.

Stv. S. Wischnewski schließt sich dieser Aussage inhaltlich an. Sie hält es jedoch für erforderlich, ein Gesamtverkehrskonzept zu erarbeiten, in den der Gesamtbereich mit einbezogen wird.

I. Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Erschließungsplanung des Baugebietes Höckenkamp, die verkehrlichen Auswirkungen auf die Stadtfeldstraße zu berücksichtigen.

Es soll ein Verkehrskonzept erstellt werden, welches den gesamten umliegenden Bereich mit einbezieht. Die Entscheidung, ob und in welcher Form eine bauliche Umgestaltung der Stadtfeldstraße vorgenommen wird, soll erst nach Planung und Erschließung des Wohngebietes erfolgen.

Ja-Stimmen:	20
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

**TOP 6) Fraktionsantrag der SPD-Fraktion vom 22.11.2011
hier: Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundliche Städte,
Gemeinden und Kreise in NRW e. V.
Vorlage: FB 4/276/2011**

Stv. Friedenstab erläutert einleitend die Hintergründe für den gestellten Fraktionsantrag. Er stellt heraus, dass durch einen Beitritt eine umfassende Beratung und Unterstützung in vielen wichtigen Belangen gewährleistet werde. Er nennt exemplarisch die Aspekte verbesserte Fahrradsituation insbesondere für Kinder, Tourismusförderung sowie Fragen der Unfallverhütung.

Stv. Ernst erklärt, dass die CDU-Fraktion den Antrag begrüße und spricht sich ebenfalls für einen Beitritt zu der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundliche Städte, Gemeinden und Kreise in NRW e.V. aus.

Er regt an, einen Vertreter aus einer der beiden kreisangehörigen Kommunen, die bereits der Arbeitsgemeinschaft angehören (Stadt Coesfeld bzw. Stadt Dülmen), zu einer der nächsten Ausschusssitzungen einzuladen, um Informationen über Aufwand und Nutzen einer Mitgliedschaft zu erhalten.

Stv. S. Wischnewski bringt zum Ausdruck, dass die UWG-Fraktion dem Beitritt ebenfalls positiv gegenüberstehe. Sie fragt an, ob eine Mitgliedschaft mit der Erstellung externer Gutachten verbunden sei. Darüber hinaus bittet Sie um eine Einschätzung der aufzubringenden finanziellen Mittel.

Bürgermeister Borgmann verweist auf den Erfahrungsbericht einer der beiden, der Arbeitsgemeinschaft bereits angehörigen Kommunen.

Frau Karasch ergänzt, dass Anfragen bei der Stadt Dülmen ergeben hätten, dass der reine Mitgliedsbeitrag sich lediglich auf rd. 2.500,-- € jährlich belaufe. Hingegen sei deutlich geworden, dass der Arbeitsaufwand sehr hoch sei. Als Erfahrungswert sei ein erforderlicher Personalumfang von 1/3 bzw. 1/2 Vollzeitstelle genannt worden.

Stv. Breuer regt an, zusätzlich einen Vertreter der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundliche Städte, Gemeinden und Kreise in NRW e.V. zur Ausschusssitzung einzuladen, um zusätzliche Informationen zu erhalten. Die SPD-Fraktion habe bereits Kontakt mit möglichen Referenten aufgenommen, die sich bereit erklärt hätten, im Ausschuss einen entsprechenden Vortrag zu halten.

I. Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss begrüßt grundsätzlich den Beitritt zu der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundliche Städte, Gemeinden und Kreise in NRW e.V.

Die Verwaltung wird beauftragt, zu einer der nächsten Ausschusssitzungen sowohl einen Vertreter der Stadt Dülmen bzw. Coesfeld als auch einen Referenten der Arbeitsgemeinschaft einzuladen, um weitere Informationen sowie Erfahrungsberichte zu erhalten.

Ja-Stimmen:	20
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

TOP 7) Berichte

**TOP 7.1) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14.09.2011 ;
hier: Installation der Fotovoltaik-Anlage auf dem Süddach der Aula des St.
Antonius-Gymnasiums
Schreiben LWL-Denkmalpflege, Landschafts- und Baukultur in Westfalen
vom 20.10.2011
Vorlage: FB 2/438/2011**

- siehe Anlage 3) -

**TOP 7.2) Ausbau des Dortmund-Ems-Kanals, Ausbaustrecke Lüdinghausen, Los 5
und 6
hier: Beteiligung der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung an den
Straßeninstandsetzungskosten der Straße "Am Kanal"
Vorlage: FB 3/516/2011**

- siehe Anlage 4) -

TOP 8) Anfragen

Stv. Breitbach fragt an, wie viele der ehemals auf dem Maggi-Kreisel aufstehenden Bäume erfolgreich umgepflanzt werden konnten.

Herr Steenweg berichtet, dass die Hälfte der ursprünglich vorhandenen Bäume bereits angegriffen gewesen sei. Zwei Bäume sind herausgenommen worden und sollen nunmehr an einen anderen Standort verpflanzt werden.

Stv. Suttrup weist darauf hin, dass im Bereich zwischen der Kanalbrücke und der Ondruper Brücke ehemals zwei Bänke aufgestellt waren, die nunmehr nicht mehr vorhanden sind. Er bittet zu überprüfen, ob eine Aufstellung von Ersatzbänken, ggfls. durch finanzielle Beteiligung von Sponsoren möglich ist. Der Heimatverein werde sich bereit erklären, bei der Aufstellung der Bänke mitzuwirken.

Bürgermeister Borgmann sagt eine Prüfung zu.

Stv. Reismann erkundigt sich nach dem aktuellen Zeitplan der Bauarbeiten am St. Antonius-Gymnasium.

Frau Klaas berichtet, dass die Bauarbeiten Anfang 2012 weiter gehen werden; die Durchführung der Zimmererarbeiten sei vss. für Ende Januar 2012 vorgesehen.

Stv. Wannigmann bittet die Verwaltung, die Einstellung der Heizung zu überprüfen, da die Raumtemperatur im Ausschusszimmer zu niedrig sei.

Frau Klaas erklärt, dass sie bereits Abstimmungsgespräche mit dem Hausmeister geführt habe, um die Heizungseinstellung zu optimieren.

sKB. Bierschenk weist darauf hin, dass im Zuge der Ausbesserungsarbeiten an der „Tüllinghofer Straße“, in Höhe des Einmündungsbereiches „Georgiistraße“, scharfe Bordsteinkanten entstanden seien, die er als gefährlich ansieht.

Die Verwaltung sagt eine Überprüfung bzw. Weiterleitung an den zuständigen Baulastträger zu.

skB. Barendregt erkundigt sich nach dem Zeitpunkt des Endausbaus des Baugebietes „Paterkamp-Südost“.

Bürgermeister Borgmann verweist auf die anstehenden Haushaltsplanberatungen 2012, in denen eine diesbezügliche Entscheidung getroffen werde.

Anton Holz
Vorsitzende/r

Ellen Trudwig
Schriftführer/in

Anwesenheitsliste

zur 15. Sitzung des Ausschusses für Bau, Verkehr, Bauerschaften und Umwelt

der Stadt Lüdinghausen am 08.12.2011

anwesend:

Bürgermeister

Borgmann, Richard Bürgermeister	anwesend ab Top 1) - mit Ausnahme des Besichtigungstermines -
------------------------------------	--

CDU-Fraktion

Breitbach, Norbert	anwesend ab Top 1) - mit Ausnahme des Besichtigungstermines -
Ernst, Wolfram	anwesend ab Top 1) - mit Ausnahme des Besichtigungstermines - bei Abstimmung zu Top 3) nicht anwesend
Holz, Anton	anwesend ab Top 1)
Horstmann, Heinrich	anwesend ab Top 1)
Kasberg, Bertholt	anwesend ab Top 1)
Schäper, Gabriele	anwesend zu Top 1) - nur Besichtigungstermin -
Schotte, Irmgard	anwesend ab Top 2)
Schulze Meinhövel, Anja	anwesend ab Top 1)
Schulze Uphoff, Theo	anwesend ab Top 1)
Suttrup, Thomas	Vertretung für Frau Gabriele Schäper ab Top 1, mit Ausnahme des Besichtigungstermines

SPD-Fraktion

Barendregt, Kors	Vertretung für Herrn Dirk Havermeier anwesend ab Top 1)
Breuer, Herbert	anwesend ab Top 1)
Friedenstab, Artur	anwesend ab Top 1)

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Bierschenk, Bruno	anwesend ab Top 1)
Guntermann, Christine	anwesend ab Top 1) - mit Ausnahme des Besichtigungstermines -
Wippich, Rainer	anwesend ab Top 1) - mit Ausnahme des Besichtigungstermines -

UWG-Fraktion

Fichtner, Rüdiger	Vertretung für Herrn Jürgen Berau anwesend ab Top 1)
Wannigmann, Josef	Vertretung für Herrn Markus Kehl anwesend ab Top 1)

Wischnewski, Susanne	Vertretung für Herrn Dr. Wolfgang Wischnewski anwesend ab Top 1)
----------------------	---

FDP-Fraktion

Reismann, Günter	anwesend ab Top 1)
Wagner, Wilhelm	anwesend ab Top 1)

von der Verwaltung

Gantefort, Markus	anwesend ab Top 1)
Karasch, Christine	anwesend ab Top 1) - mit Ausnahme des Besichtigungstermines -
Klaas, Judith	anwesend ab Top 1) - mit Ausnahme des Besichtigungstermines -
Steenweg, Heinz-Helmut	anwesend ab Top 1)
Trudwig, Ellen	anwesend ab Top 1)

Gäste

Caesperlein, Gerold Dr.	zu Top 3)
Kastalski, Martin	zu Top 2)
Lütke Entrup, Norbert Prof. Dr.	zu Top 1) - Besichtigungstermin -
Mollenhauer, Hermann	zu Top 3)
Poth, Astrid	zu Top 3)
Schicht	zu Top 2)
Skrezek-Boss, Matthias	zu Top 2)

Entschuldigt:**SPD-Fraktion**

Havermeier, Dirk	
------------------	--

UWG-Fraktion

Berau, Jürgen	
Kehl, Markus	
Wischnewski, Wolfgang Dr.	